

Zeitschrift für bündnisgrüne Politik in Sachsen

# Aufwind

[www.gruene-sachsen.de](http://www.gruene-sachsen.de)

Dezember 2009

**THEMA: Landesverband**  
mit Beiträgen von Eva  
Jähnigen, Hubertus Grass,  
Yvonn Spauschus, Valentin  
Lippmann zu neuen Heraus-  
forderungen und Strukturen

## Nach der Wahl ist vor der Wahl



### 20 JAHRE

#### Was hat die Wende gebracht?

Annekathrin Giegengack,  
Ulrike Kahl und Martin Schmidt  
über ihre Erfahrungen

### ABGEORDNETE

#### GRÜN in Berlin und Dresden

Unsere neuen Abgeordneten  
in Bundes- und Landtag

### EINE WELT

#### Was wie schenken?

Claudia Greifenhahn und  
Heinz Kitsche über das Schenken  
mit gutem Gewissen

### REGIONAL

#### Zeit für GRÜN.

Nachrichten aus den Kreis-  
verbänden und Landesarbeits-  
gemeinschaften

## INHALT

Editorial, Impressum	2
Opposition mit Macht	3
Was ist zu tun?	5
Wir müssen unsere Strukturen stärken	7
20 Jahre friedliche Revolution ...	9
Neumitglieder	8
Friedliche Revolution und Demokratie bei den Sorben	10
Was hat die Wende gebracht?	11
Abgeordnete	12
Was wie schenken?	14
Nachrichten aus den Kreisverbänden	15
Termine	16

## IMPRESSUM

Aufwind – Zeitschrift für  
bündnisgrüne Politik in Sachsen

Herausgeber der Landeszeitschrift  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen  
Landesvorstand  
Wettiner Platz 10, 01067 Dresden  
Fon: 0351/494 01 08  
Fax: 0351/496 19 75  
E-Mail: [info@gruene-sachsen.de](mailto:info@gruene-sachsen.de)

Redaktion:  
Eva Jähnigen (V.i.S.d.P.), Ullrich Bemann,  
Hartmut Steglich u.a.

Redaktion Aufwind  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen  
Wettiner Platz 10, 01067 Dresden  
Fon: 0351/494 01 08  
Fax: 0351/496 19 75  
E-Mail: [aufwind@gruene-sachsen.de](mailto:aufwind@gruene-sachsen.de)

Bildnachweis nicht gekennzeichnete Fotos:  
Hartmut Steglich, Archiv, privat, PR-Material

Redaktionsschluss: 30. November 2009  
nächster Redaktionsschluss: 31. Januar 2010

# Editorial

## Zeit für neue politische Kultur



Unsortierte Nachrichten eines Tages im Herbst 2009: Die SPD ist erstmals in Umfragen unter die 20 Prozent gerutscht – trotz neuem Vorsitzenden. Ein Gericht hält den Solidaritätszuschlag für unzulässig. Seine Abschaffung würde wohl das Aus aller schwarz-gelben Steuerentwerfungspläne bedeuten. Der CDU-Bundesumweltminister bezweifelt zu Recht, dass längere Laufzeiten von Atomkraftwerken zu günstigerem Strom führen. Bundesweit protestieren Studenten gegen schlechte Studienbedingungen, die sich seit der Unterzeichnung der Verträge von Bologna vor 20 Semestern entwickelt haben. Der Präsident der Dresdner IHK war nun doch Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit und bezeichnet das als ein „arbeitsmäßiges Verhältnis“, in dem er sich nichts zuschulden kommen lassen hatte.

Wo stehen wir in diesem Herbst 2009 als Gesellschaft, wo stehen wir als Grüne? Das vorliegende Heft versucht darauf einige Antworten zu geben.

Mit guten Ergebnissen haben wir das Superwahljahr 2009 abgeschlossen. Können wir uns nun zurücklehnen? Der Landesvorstand war sich einig, dass die nächsten Jahre dafür genutzt werden müssen, die Strukturen des Landesverbandes zu verbessern. In seinem Beitrag benennt Hubertus Grass einige Herausforderungen: Wir müssen wachsen – personell, finanziell und vor allem inhaltlich. Wir wollen attraktiver und lebendiger werden. Wenn im Kreis Görlitz ein ehemaliges Grünen-Mitglied einen Kreisverband der Piratenpartei gründet, sollte uns das zu denken geben. Auf der anderen Seite stehen viele neue Mitglieder – zwei von ihnen kommen in diesem Heft zu Wort.

Opposition ist Regierung im Wartestand. Wie wird die neue, gewachsene Landtagsfraktion dieser Aufgabe gerecht? In der vorangegangenen Legislatur wurden die Eckpfeiler einer erfolgreichen Opposition gesetzt – kommt im neuen Landtag auch etwas Neues? Wie wird es uns gelingen, als kleinste demokratische Oppositionsfraktion inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und die Konzepte zu entwickeln, die wir möglicherweise ab 2014 in Regierungsverantwortung auch umsetzen dürfen? Welche ersten Schwerpunkte die Abgeordneten selbst sehen, ist ebenfalls in dieser Aufwind-Ausgabe zu erfahren.

In einem Beitrag zum 9. November schrieb Karl-Heinz Gerstenberg: „Der zentrale Impuls der Friedlichen Revolution ist für uns die Selbstermächtigung zum politischen Handeln durch in Sachen Demokratie wenig geübte Akteure – diese Fähigkeit ist auch und gerade in Ostdeutschland und in Sachsen keineswegs selbstverständlich und muss beständig eingefordert und geübt werden.“

20 Jahre nach der friedlichen Revolution scheint es Zeit zu sein für eine neue politische Kultur in Sachsen. In diesem Sinne wünsche ich allen ein nachdenkliches Weihnachtsfest.

**Andreas Warschau, Landesschatzmeister**  
[andreas.warschau@gruene-sachsen.de](mailto:andreas.warschau@gruene-sachsen.de)

# Gestärkte GRÜNE nach den Wahlen 2009

## OPPOSITION MIT MACHT

Opposition ist kein „Mist“. Das mögen noch immer nicht alle „Münteferings“ wissen. Uns GRÜNEN ist klar, wie wichtig Opposition in Parlamenten und Gesellschaft ist. Ohne sie wäre vor 20 Jahren die friedliche Revolution ausgefallen. Ohne sie ist der ökologische, ökonomische und soziale Umbau nicht zu erreichen, den wir brauchen – wenn unsere Gesellschaft eine demokratische und solidarische bleiben soll. Wer glaubt, es ginge ohne dieses machtvolle Gegenhalten, unterschätzt, wie grundlegend die dazu notwendigen Veränderungen sind – Politik der Symbole, wie sie gern von konservativen Parteien links und rechts zelebriert wird – festigt nur die eingefahrenen Verhältnisse.

Die Wählerinnen und Wähler haben uns GRÜNE mitten in der Wirtschaftskrise gestärkt. Unsere Aufgabe ist nun, die zu sammeln, die etwas ändern wollen. In den nächsten Jahren wird bis zur Übelkeit vordekliniert werden, was schwarz-gelbes Durchregieren von Berlin nach Dresden bedeutet. Wir müssen Alternativen zur um sich greifenden sozialen Spaltung aufzeigen und mit Gewerkschaften, Elternvertretungen und Jugendverbänden für ein hochwertiges Bildungssystem für alle streiten. Mit Verbündeten aus Wirtschaft, Umweltbewegung und Bürgerinitiativen werden wir gegen die stillschweigende Hinnahme des drohenden Klimakollapses und den Ausverkauf der natürlichen Ressourcen zu Lasten aller kämpfen. Solche Bündnisse machen uns zur Opposition mit Macht.

Unmut reicht aber nicht aus. Wege und Mittel zur Veränderung müssen verdeutlicht werden. Unsere politischen Vorschläge sind dann wirkungsvoll, wenn sie den Fragen der Realisierbarkeit nicht ausweichen, sondern sie stellen. Das verstehe ich unter konstruktiver Opposition: Veränderungen können durch gesellschaftlichen Druck und gute Alternativvorschläge erreicht werden.

Der Wille zu eigener Machtbeteiligung ist dabei unverzichtbar: gute Oppositionspolitik muss die Vorbereitung möglicher Regierungsarbeit einschließen. Das oft ziellose Agieren der SPD in der sächsischen Regierung 2004 – 2009 war leider ein Beispiel, wie eine Partei aussieht, die ihre Oppositionszeit nicht zum Vordenken genutzt hat.

Bedingung für erfolgreiche Regierungsarbeit ist allerdings, dass die gegebene politische Konstellation echte Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Sonst würde GRÜNE Regierungsarbeit zur Mehrheitsbeschaffung mutieren – unsere Ziele sind so nicht zu realisieren.

Im Saarland war nach dem 30. August keine Regierung ohne GRÜNE möglich – eine ausgezeichnete Situation

für erfolgreichen Wettbewerb um grüne Ziele zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Rot. Die in Hamburg mit GRÜNEN regierende CDU ist noch durch ihre lange Oppositionserfahrung geprägt.

Ganz anders bei uns in Sachsen: Seit 1990 regiert die CDU und vor 1990 regierte sie mit. Den Verlust ihrer Landtagsmehrheit 2004 kompensierte sie im kommunalen Bereich; die Verwaltungsreform 2008 führte zu einem Verlust demokratischer Gestaltung und zur Stärkung der CDU-Macht im Land. In unseren sächsischen Verhältnissen gibt es derzeit immer noch keine Regierungsoption ohne CDU. Die CDU selbst entwickelt sich dabei immer mehr zur reinen Machterhaltungspartei. Veränderungswillen kennzeichnet ihre Politik immer weniger – das können auch geschickte Personalwechsel und modernistische Reden nicht kaschieren.

Die neue Mit-Regierungspartei FDP dient mit ihrer Steuer-senkungspolitik lediglich den Besserverdienenden. Das droht die Spaltung der Gesellschaft zu vertiefen. Zwar wird die FDP ihrem Marketing entsprechend Konflikte mit der CDU zelebrieren, durch ihre Unseriosität politisch aber wenig durchsetzen. Die CDU hat Interesse, die FDP als Mit-Regierungspartei in Konkurrenz zu stellen – auch mit Sympathiebekundungen für die GRÜNEN. Diese Zuneigungen haben sich bislang immer als reines Taktieren erwiesen.

Die SPD war in der Regierung mit der CDU nie ein Gegen-gewicht. Seit den 1990er Jahren findet sie sich mit der führenden Rolle der CDU ab und ist bis heute nicht zu einer echten Suche nach Alternativen bereit. Sie hat sich selbst auf ihre Rolle als Mit-Regierungspartei reduziert und ist dadurch nach innen und außen orientierungslos. Mangels eines eigenständigen, klaren Kurses ist die SPD derzeit nicht zur Partnerschaft für Regierungsbündnisse jenseits der CDU vorbereitet. Ihre politischen Aufgaben stehen zur Übernahme bereit.

Die LINKE als zahlenmäßig stärkste Partei innerhalb eines potenziellen Bündnisses jenseits der CDU ist stark hin- und hergerissen. Sie möchte Grundsatzopposition sein und beteiligt sich trotzdem in angepasstem Politikstil am Machterhalt für die CDU in den Kommunen (z. B. bei den Bürgermeisterbesetzungen in Chemnitz und Zwickau oder beim Verkauf des städtischen Wohnvermögens in Dresden). Durch ihre Zerstrittenheit und Uneinigkeit ist die Linke trotz anderer Beteuerungen derzeit ebenfalls keine stabile Partnerin für eine Machtübernahme.



**Eva Jähnigen ist Sprecherin des Landesvorstands und Mitglied des Landtages**



# OPPOSITION MIT MACHT

Umso dringender ist, dass wir GRÜNEN uns die Meinungsführerschaft in der Opposition erarbeiten und dort, wo wir sie bereits haben, ausbauen – z.B. in der Energie- und Verkehrspolitik, mit unseren Konzepten für eine bessere Bildungspolitik, zur Stärkung der Demokratie und zur Chancengleichheit für Frauen und Männer.

Das wird für uns als kleinste demokratische Oppositionsfraktion im Wettbewerb mit den Oppositionsparteien SPD und Linken nicht leicht. Als wachsende Partei und mit mehr Abgeordneten in Landtag und Kommunen haben wir jetzt gute Voraussetzungen erarbeitet und müssen mit diesen Pfunden wuchern. Notwendig sind engere Verzahnung zwischen Kommunal- und Landes-, Bundes- und Europapolitik, eine kampagnefähige Partei mit aktiven und gut informierten Mitgliedern sowie Abgeordnetenregionalbüros, die in allen Kreisverbänden am Puls des Geschehens arbeiten.

Dass wir als GRÜNE Verantwortung übernehmen wollen, ist unabdingbar – für das Land und unsere Ziele. Die politische Konkurrenz stellt uns gern als reine Mahner hin, die unfähig seien, ihre Ziele im politischen Alltag zu realisieren. Dabei sind die GRÜNEN Vorschläge angesichts des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus der Gesell-

schaft alternativlos und haben ihre Tauglichkeit erwiesen – z.B. bei den durch die Förderung der Erneuerbaren Energien reichlich entstehenden neuen Jobs.

Erste Voraussetzung für jede Machtoption ist, dass wir unsere Positionen ausbauen und in den Kommunal- und Landtagswahlen 2014 weiter erstarken. Das GRÜNE Mitregieren in Sachsen kann – wie vielerorts – in den Kommunen beginnen. In den nächsten Jahren werden wir auszuloten haben, wo wir Verbündete und Mehrheiten für politische Veränderungen vor Ort finden und Verantwortung an den Verwaltungsspitzen übernehmen können.

AUS DER KRISE HILFT NUR GRÜN – das gilt besonders für die Stagnation in der sächsischen Landes- und Kommunalpolitik. Ohne grundsätzliche Umorientierung in Energie-, Bau- und Verkehrspolitik bleibt das Klima nicht erträglich. Ohne Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft ist der Sumpf des Rechtsextremismus nicht auszutrocknen. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren kommunal- und landespolitisch als gestaltungs- und bündnisfähige Opposition überzeugen und so an Macht gewinnen.

**Eva Jähnigen, KV Dresden**  
[eva.jaehnigen@gruene-sachsen.de](mailto:eva.jaehnigen@gruene-sachsen.de)

## Der „AUFWIND“ lädt zur Debatte über die Aufstellung der sächsischen GRÜNEN in den kommenden Jahren ein

Wie nutzen wir die nächsten Jahre in der Opposition, um Veränderungen voranzutreiben? Mehr Klimaschutz, ein besseres Bildungssystem und soziale wie kulturelle Teilhabe aller Menschen – wie erringen wir die Meinungsführerschaft in der Opposition? Wie erreichen wir die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft? Wie stellen wir uns in ländlichen Räumen, Mittelstädten und Ballungsräumen auf? Wie begeistern wir mehr Frauen und junge Menschen für politische Einmischung?

Was macht die GRÜNE Politik unverwechselbar und anziehend?

Wer sind unsere Verbündeten in der Gesellschaft? Welche sächsischen Parteien können Partnerinnen für den notwendigen ökologischen und sozialen Umbau werden?

Sind die GRÜNEN Bestandteil eines linken Lagers oder eine Partei der Mitte oder eine eigenständige Kraft?

Beschränken wir GRÜNEN uns auf die Rolle der Mahner und Vordenker oder wollen wir politische Verantwortung übernehmen? Gibt es Regierungsoptionen in Sachsen? Wie bereiten wir uns auf Verantwortungsübernahme vor? Welchen Einfluss wollen wir in den Kommunen erreichen?

Diese Fragen stehen für uns GRÜNE nach dem Wahljahr 2009 an. Wir müssen unsere strategische Ausrichtung debattieren und bestimmen.

Der Aufwind lädt zur offenen und kontroversen Debatte darüber ein! Die Redaktion freut sich über Meinungsäußerungen, Artikel und Thesenpapiere für die nächste(n) Ausgabe(n): [aufwind@gruene-sachsen.de](mailto:aufwind@gruene-sachsen.de)

Diskutiert werden kann auch im Forum des Landesverbandes: [www.intern.gruene-sachsen.de](http://www.intern.gruene-sachsen.de)

# Was ist zu tun?

Der scheidende Landesgeschäftsführer Hubertus Grass über die Aufgaben der Zukunft. Ein kritischer Rück- und Ausblick.

Das Wahljahr 2009 hat für uns eine Menge Chancen eröffnet, statt unsere Schwächen offen zu legen. Wir sollten dankbar sein. Und wir wären dumm, wenn wir diese gebotene Gelegenheit nicht beim Schopfe packen und uns an die Arbeit machen. Man könnte statt zehn auch 20 Punkte nennen und jedem einzelnen eine Seite widmen. Anzahl und Ausführlichkeit der Aufgaben sind nicht so wichtig wie die grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit, das Niveau auf der Ebene des Landesverbandes heben zu müssen. Übertrieben? Warum können wir uns angesichts der Erfolge nicht entspannt zurück lehnen?

Weil wir, um es zugespitzt zu formulieren, die Erfolge nicht aus eigener Kraft, sondern nur die durch glücklichen Umstände erreicht haben: Die Regierungspartner von CDU und SPD hatten sowohl in Berlin als auch in Dresden das gemeinsame Regieren satt, der Niedergang der SPD seit 2005 setzte sich fort und die ganze Welt spricht von der Grünen Wirtschaft und der Notwendigkeit, Ökologie und Ökonomie zu vereinen. Unter diesen Randbedingungen konnten wir es uns erlauben, im Land wie im Bund ein inhaltliches Angebot zu unterbreiten, das keinerlei Aussicht auf Realisierung hatte.

Bei nahezu optimaler politischer Wetterlage haben wir jeweils eine 6 vor dem Komma erreicht. Hätte es bei schlechter Wetterlage noch für eine 5 gereicht? Müßig, die Antwort zu suchen. Fest steht: Jetzt haben wir vier Jahre Zeit, den Landesverband für jede Wetterlage zu rüsten, die Zweistelligkeit ins Visier zu nehmen und die 5%-Hürde dauerhaft hinter uns lassen. Was ist zu tun?

1. **Der Landesvorstand muss wieder zur zentralen Handlungsebene der Partei werden:** Wenn politische Debatten nur noch in der Landtagsfraktion geführt und DIE zentralen Personalentscheidungen, nämlich die Listenplätze, zwischen den Sprechern der drei Großstadtverbände ausgemacht werden, ist etwas faul im Staate Sachsen. Der Landesvorstand sollte der Partei vorstehen. Wird diese Aufgabe nicht durch ihn, sondern durch andere nicht dafür legitimierte Personen erfüllt, besteht ein demokratisches Defizit.
2. **Die Ebenen zusammen führen:** Gemeinsame Ziele abstecken, Ressourcen abstimmen und vertrauensvoll kooperieren. Mehr als die Hälfte der grünen Infrastruktur in Sachsen liegt im Zugriff der Landtagsfraktion und von deren Abgeordneten; den Rest teilen sich Bundestagsabgeordnete, Landesverband, Kreisverbände und Kommunalos. Wir müssten mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir keine Verständigung darüber hinbekommen, wo die gemeinsamen Ziele liegen, wie eine sinnvolle Aufgabenverteilung, entsprechende Absprachen und Schnittstellen zu gestalten sind.

3. **Lebenslanges Lernen nicht nur predigen, sondern praktizieren:** Wir brauchen auf allen Ebenen Standards des Wissens und der Fähigkeiten. Kreisvorstände, Mitarbeiter, Landesvorstände und zukünftige Kandidatinnen und Kandidaten brauchen grün-nahe Fortbildung. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Geschäftsführung, Kampagnen-Management: Grüne Bildung ist vielfältig.
4. **Die Bedeutung von Internet, E-Mail, Datenbanken und sonstigen Elementen der Online-Kommunikation wird wachsen:** Auch wir sind da noch entwicklungsfähig. Der Aufstieg der Piraten sollte als Mahnung reichen. Kommunikation läuft bei uns häufig noch als Einbahnstraße und die ist – nicht nur bei einigen Kreisverbänden – sanierungsbedürftig. Wer entwickelt die zwischen allen wesentlichen Akteuren abgestimmte Online-Strategie für den Verband und hält sie up-to-date?
5. **Wählerbindung als Vorstufe der Mitgliedererwerbung strategisch aufbauen:** Welche Gruppe können wir wie binden? Wie lassen sich vorhandene Kontakte vertiefen? Welche Aufgaben können Mandatsträger, welche muss die Partei übernehmen? Der Zuwachs auf jetzt 1.100 darf uns nicht täuschen: Mehr als 2.000 Mitglieder in Sachsen wären immer noch zu wenig, aber das wäre ein Ziel bis 2013. Und ebenso viele in der Sympathisantendatei (wer führt eigentlich eine?).
6. **Attraktiver und lebendiger werden:** Was sollte den politisch interessierten Jugendlichen in Löbau oder den ökologisch bewegten Unternehmer in Delitzsch dazu bewegen, Kontakt mit uns zu suchen und – so er denn hergestellt werden kann – zu halten? Diese Frage braucht inhaltliche, organisatorische und auch kulturelle Antworten. Parteileben oder ein Leben nach der Partei?
7. **Finanziell auf sicheren Beinen stehen:** Mit so wenig finanziellen Mitteln wie in diesem Jahr sollten wir nicht noch einmal in ein Wahlkampfjahr gehen. Neben den klassischen Instrumenten der Finanzplanung wäre hier Fundraising als Teil der Freundschafspflege als Daueraufgabe zu nennen. Im Landesverband gibt es dafür weder Bewusstsein noch Strategie. Das kann und darf man auch nicht dem Schatzmeister allein überlassen.
8. **Im Bundesverband wieder mitspielen:** Der sächsische Landesverband ist nicht nur wegen seiner Größe eine Randerscheinung im Bundesverband, weder inhaltlich noch personell spielen wir eine Rolle. Die zentrale Vernetzung über den Parteirat läuft



Hubertus Grass ist Landesgeschäftsführer

derzeit personell über die Landtagsfraktion, was eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist. Es wird Aufgabe des Landesvorstandes sein, in den bundespolitischen Debatten, in den Arbeitskreisen und auf den Parteitag den sächsischen Präsenz und Qualität zu organisieren.

- 9. Personalentwicklung:** Wir stellen im Sächsischen Landtag die älteste Fraktion. Das ist ein numerischer, kein qualitativer Fakt. Fakt ist leider auch, dass Personalentwicklung im Landesverband bisher kein Thema war. Das darf nicht so bleiben. Was erwarten wir von unseren Abgeordneten inhaltlich, öffentlichkeitswirksam und strukturell für Leistungen? Wer spricht Personen an, die das Zeug haben, 2013/2014 gute Landtags- oder Europaabgeordnete zu werden? Wie kann man sich dafür qualifizieren?
- 10. Opposition ist Regierung im Wartestand, oder: Koalitionen schließen Parteien, nicht Fraktionen.** Mal ehrlich: Wer hätte der Parteiführung in diesem Jahr zugetraut, erfolgreiche Koalitionsverhandlungen (mit wem auch immer) für den Freistaat Sachsen zu führen? Vielleicht nehmen die Delegierten diese Frage als Maßstab mit, wenn demnächst ein neuer Landesvorstand gewählt wird. „Traue ich dieser Person im Jahre 2014 zu, in verantwortlicher Funktion ein Regierungsprogramm mit auszuhandeln?“ Es gibt schlechtere Kriterien für die Personalauswahl von Vorständen. Der Landesvorstand im Jahre 2014 muss das können: Eine Regierungsbeteiligung zu planen und zu organisieren, MinisterInnen in Stellung zu bringen und Verwaltungen führen zu wollen. Der richtige Zeitpunkt, diesem Ziele zuzustreben, ist jetzt.

## Grünes Management

Zählt man alle zusammen, die mit und von der grünen Politik in Sachsen leben, so dürfte ein Kreis von ca. 50 Personen dabei herauskommen (11 Abgeordnete, 13 Regionalmitarbeiter, um die 20 in der Landtagfraktion plus Landesvorstand und Geschäftsstelle). Es wird eine große Aufgabe sein, die Arbeit all dieser Menschen – völlig unabhängig von ihrer persönlichen Unterstellung und Loyalität – einem Ziel zu verpflichten: Der Stärkung einer sozialen und ökologischen Alternative in der sächsischen Politik.

Social Networking war eines der großen Online-Themen im Wahlkampfjahr 2009. Es sollte uns aber nicht vergessen lassen, dass echte Kontakte, wo sich Menschen aus Fleisch und Blut in realen Räumen treffen und sich in längeren Sequenzen als 140 Zeichen sprachlich austauschen, vulgo „miteinander reden“, das Fundament gesellschaftlicher und politischer Kommunikation bleiben. Es wird eine Riesenherausforderung für den neuen Landesvorstand, erst im grünen Netz in Sachsen anzukommen, wahrgenommen zu werden und sich Akzeptanz zu erarbeiten und dann selbst ein Netz aufzubauen, Kontakte in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Medien zu knüpfen und gleichzeitig die Basisarbeit in den Kreisverbänden vor Ort nicht zu vernachlässigen.

Wer meint, der Landesverband ließe sich wie ein Kreisverband führen, irrt gewaltig. Wenn wir den Anspruch teilen, in den nächsten vier Jahren kontinuierlich wachsen und regierungsfähig werden zu wollen, dann wartet auf die neue Führung eine echte Management-Aufgabe. Aber man kann auch so weiter machen wie bisher. Die Entscheidung darüber wäre eine Diskussion wert.

**Hubertus Grass, KV Sächs. Schweiz - Osterzgebirge**

## Der Zabeltitzer Kreis vorgestellt von Yvonn Spauschus

**Wer wir sind und warum wir es immer wieder tun?** Nach nunmehr zwei Jahren zeigen sich die ersten Erfolge der Kampagne „M“. Im Oktober 2007 gründete sich, benannt nach dem ersten Tagungsort, der „Zabeltitzer Kreis“. Wir haben seither 165 neue grüne Mitglieder gewonnen und es werden immer mehr.

Die sogenannten Kümmerlinge der Partei, wobei Kümmerern nicht für Kummer, sondern für Pflege steht, sind feste Ansprechpartner für die Mitgliederwerbung und Pflege in den Kreisverbänden. Das Bewusstsein im grün-alternativen Vereinswesen mehr für familiäres Nachwuchs zu tun und die Mitgliederpflege zu verbessern, ist inzwischen wesentlich gewachsen.

Im Wahlkampf hat sich gezeigt, dass unsere Mitglieder, wenn sie denn persönlich angesprochen werden, gerne bereit sind viel mehr zu tun als hinlänglich angenommen wird. Das beste Beispiel dafür ist unsere erfolgreiche Pappenkampagne ([www.flickr.com/groups/pappeo9/](http://www.flickr.com/groups/pappeo9/)).

Unzählige Mitglieder haben ihren ganz persönlichen kreativen Beitrag am gemeinsamen Wahlerfolg geleistet.

All den unzähligen Helfern sei an dieser Stelle noch mal ein herzliches Dankeschön gesagt. Besonders den Kümmerlingen, die erfolgreich daran arbeiten, dass ein Kreisverband zu einem Ort wird, in dem sich Menschen wohlfühlen und Spaß daran haben Politik zu machen, gleich ob frau nun regelmäßig ihren Beitrag zahlt oder im Parlament ihre Stadt vertritt oder im Wahlkampf den Familienurlaub sausen läßt.

Im Haushalt wurde aus diesem Grund auch der Posten für die Arbeit des „Zabeltitzer Kreises“ erheblich erhöht und wir werden nächstes Jahr wieder mit guten Ideen der Kümmerlinge eine Offensive in Sachen Mitgliederwerbung starten. Denn Jeder ist wichtig und jeder kann und soll mitgestalten. **Macht euch Gedanken und sprecht mit euren Kümmerlingen und Kreisvorständen.** Unser nächstes Treffen planen wir für den Februar 2010.

Landesdelegiertenkonferenz am 28. November 2009 in Dresden

## „Wir müssen unsere Strukturen stärken!“

„Wir müssen unsere Strukturen stärken!“ Darin waren sich die meisten Teilnehmer der Satzungsdebatte auf der Landesdelegiertenkonferenz in Dresden einig. Die gut vierstündige Diskussion stand ganz im Zeichen der Frage nach der Art und Weise dieser Strukturänderungen.



Dabei konzentrierte sich die LDK im Wesentlichen auf zwei Kernaspekte: Zum einen wurde heftig darüber gestritten, ob wir eineN von der LDK gewählteN politischeN LandesgeschäftsführerIn brauchen oder ob das gegenwärtige Modell mit einer abhängig beschäftigten Geschäftsführung ausreichend für die zu bewältigenden Aufgaben ist. Viele Delegierte sahen in einem politischen Landesgeschäftsführer eine Art GeneralsekretärIn oder gar einen SchattenvorsitzendeN, welcheR die eigentliche politische Macht im Landesverband ausübt und nicht mehr kontrollierbar wäre. Andere wiederum sahen das Amt als Chance, dem immer schneller ablaufenden Politikbetrieb auch tagesaftuell folgen zu können. In dieser Debatte war daher sehr viel von Vertrauen in mögliche neue Strukturen die Rede.

Am Ende fand der Landesvorstandsantrag für einen gewünschten politischen Landesgeschäftsführer keine Mehrheit. Es bleibt also bei dem/der „alten“ LandesgeschäftsführerIn, welcheR durch den LaVo angestellt wird. Unstrittig schien beim Vorstand jedoch von Anfang an die drastische Verkleinerung. Hier bewegten sich die Anträge im Bereich von drei bis fünf Vorstandsmitgliedern. Zu guter Letzt wurde es die goldene Mitte mit zukünftig nur noch vier Vorstandsmitgliedern. Der zukünftige Landesvorstand besteht also aus dem Sprecher, der Sprecherin, der/dem SchatzmeisterIn und der/dem StellvertreterIn.

Noch komplexer und vielfältiger wurde die Debatte über die Schaffung eines Parteirates. Dabei scheiterte zuerst der KV Görlitz mit dem Antrag die Kreiskonferenz beizubehalten. Der Großteil der Delegierten war hier der Meinung, dass der Landesverband die Kreiskonferenz durch einen Parteirat ersetzen und nicht etwa ergänzen sollte.

Die Spannweite der Parteiratsmodelle reichte dann von einem Entsendungsgremium, in welches jeder KV eineN DeligierteN entsendet bis hin zum einem Gremium, das analog zum Bundesparteirat nahezu komplett frei durch die LDK gewählt werden sollte.

Sehr schnell gelangte die LDK bei der Generaldebatte zu kontroversen Diskussionen über die Zielstellung des Parteirates, an welcher die einzelnen Besetzungsmodelle ausgerichtet waren. Insbesondere die Kreisverbände der Landkreise befürchteten bei einer vollständigen Wahl der Parteirates durch eine LDK, von den drei städtischen Kreisverbänden benachteiligt zu werden. Der Kern der Debatte war schlussendlich, ob man die Vernunft und Sensibilität einer LDK voraussetzen kann, dass die Kreisverbände der Landkreise bei einer Wahl durch die LDK ausreichend im Parteirat vertreten sind oder ob eine Wahl dieser VertreterInnen durch die Satzung sichergestellt werden muss. Insbesondere Vertreter der Kreisverbände der Landkreise betonten dabei, dass sie schon bei der Listenaufstellung im März dieses Jahres benachteiligt worden wären und fürchteten eine Wiederholung.

Um Präferenzen der Delegierten auszuloten, wurden zunächst Meinungsbilder zu den einzelnen Anträgen eingeholt. Danach zogen sich die AntragstellerInnen für einige Minuten zurück, um einen möglichen Kompromiss auszuloten. Dieser wurde gefunden und mit großer Mehrheit beschlossen.

Es soll nunmehr ein Parteiratsmodell geben, in welchem die beiden SprecherInnen vertreten sind und von der LDK neben vier Parlamentariern (2 MdL, 1 MdB, 1 MdEP) und einer/einem VertreterIn der Grünen Jugend noch elf weitere Mitglieder gewählt werden, wobei hier als erstes jene Kreisverbände das Vorschlagsrecht haben, die durch ParlamentarierInnen oder den LaVo noch nicht vertreten sind. Wie sich dieses Modell dann konkret umsetzen lässt, werden wir spätestens bei der nächsten LDK sehen.

Nun haben wir also eine neue Struktur, welche hoffentlich die politische Arbeit des Landesverbandes verbessert. Sie gilt es mit Leben zu erfüllen.

**Valentin Lippmann, KV Dresden**  
[valentin.lippmann@gruene-dresden.de](mailto:valentin.lippmann@gruene-dresden.de)



# Die Neuen sind da ...

... und sie sind zahlreich. Im Jahr 2009 konnten wir 121 Neumitglieder begrüßen.

Hier stellen sich zwei von ihnen vor.

## Steffi Klug

38 Jahre, selbständig mit einem Multiserviceunternehmen  
Mitglied seit der Landtagswahl 2009

### Warum bin ich Grünen-Mitglied geworden?

Nachdem ich den Landtagswahlkampf des Direktkandidaten von Plauen, Gerhard Lieb-scher, managen durfte, beschäftigte ich mich nicht nur nachhaltiger mit Zielen und Inhalten der Partei. Ich konnte in dem relativ kurzen und doch sehr intensiven Wahlkampf die Menschen, die hinter den Grünen in Plauen stehen, kennen lernen. Ich hatte das Gefühl, hier noch etwas bewegen, erreichen zu können. Das hat mich bewogen, noch am Tag der Landtagswahl Mitglied zu werden.

### Was will ich erreichen?

Grün in Plauen und Vogtland populärer zu machen, um politisch mehr Beachtung bzw. Gewicht zu erlangen. B90/ Die Grünen sollen nicht immer nur auf Umweltschutz und

Naturerhalt reduziert werden. Wirtschaftliche Kompetenz ist der Schlüssel, um bestehende Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Missstände lösen zu können.

Dafür brauchen wir einen starken Kreisverband, der in der Region ein Stück Basis für die Gesamtheit an Zielen von B90/Die Grünen schaffen kann. Ich möchte mich gern dafür verwenden, gemeinsam mit meinen Mitstreitern den KV zu stärken, nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ. Mehr Beachtung – mehr Mitstreiter – mehr Kompetenz auf allen Ebenen – größerer Einfluss in der Kommunalpolitik – für mich eine logische Reihenfolge, für die es sich einzubringen lohnt.

### Was wünsche ich mir?

Ich wünsche mir, dass Kinder und alte Menschen nicht unter den Folgen der Wirtschaftskrise, der Gesellschaft mit ihren Zuständen bzw. in ihrer Situation leiden



müssen. Das sind die Wehrlosen unserer Gesellschaft, die es vor allem zu schützen und zu unterstützen gilt.



## Hansjörg Müter

47 Jahre, arbeitslos/arbeitsuchend  
Mitglied seit 22.09.2009

### Warum bin ich Grünen-Mitglied geworden?

Im Februar saß ich auf meinem Balkon und sah ins zögerlich grüner werdende Land hinaus. Ich ärgerte mich über die Unfähigkeit der Menschen, Dinge die sie stören, ändern zu wollen. Ich ärgerte mich über ihre Furcht vor Verantwortung, ihre Zukunftsangst – alles trifft auch auf mich zu. Wenn ich Missstände ändern will, muss ich bei mir anfangen.

Es ist das Superwahljahr, und ich will etwas bewegen.

Ich gehe los. Ich gehe zu den Grünen, weil ich bei allen anderen politischen Parteien im besten Fall Stillstand erkennen kann. Die Grünen dagegen sind zukunftsorientiert, denken Antworten auf Fragen, die noch gar nicht gestellt wurden. Ich möchte die

Zukunft erleben, eine Zukunft, in der Menschen unsere Umwelt, sich selbst und alle anderen Menschen mehr respektieren, als ich das momentan erkennen kann.

### Was will ich erreichen?

Ich möchte helfen, diese neue, andere Welt jetzt so zu gestalten, dass auch unsere Kinder noch die Freiheit haben, ihre Zukunft selbst bestimmen zu können.

### Was wünsche ich mir?

Ich wünsche mir eine friedliche, gerechtere und universalere Welt, in der die vorhandenen Güter und Ressourcen so verteilt sind, dass niemand mehr Hunger leiden muss, jeder Mensch der Arbeit nachgehen darf, die wichtig für ihn ist, in der es Fremde und Feindlichkeit nicht mehr gibt. Die Zukunft beginnt jetzt.



# 20 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall

Rede von Gisela Kallenbach zur Aktuellen Stunde im  
Sächsischen Landtag am 12. November 2009

Das Jubiläumsgedenken ist auch im Sächsischen Landtag angekommen – das ist gut so! Wir haben allen Grund, uns zu erinnern an den Herbst 1989. Ich bin persönlich sehr froh über 20 Jahre Leben in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem nicht mehr staatliche Institutionen oder die Doktrin einer Einheitspartei und ihrer „Alliierten“ über meine Biografie oder die meiner Kinder entscheiden.

Allerdings: es reicht nicht, sich aller Jubel-Jahre in wohlfeilen Reden zu üben und ansonsten den Mantel des Schweigens auszubreiten oder das Erbe der Friedlichen Revolution in Glasvitriolen zu konservieren. Ich bin in den letzten Jahren und insbesondere auch in den vergangenen Monaten in vielen Diskussionen, insbesondere an Schulen gewesen. Sie werden es auch wissen, der Kenntnisstand ist erschreckend. Die Ursache dafür liegt gewiss auch in einer Bringschuld der Elternhäuser aber ich sehe es noch mehr als ein klares Versagen der schulischen Lehrpläne. Um unserer Zukunft Willen ist es unverantwortlich, zur Tagesordnung überzugehen!

Was wissen die heute 20-Jährigen über die Unfreiheit, über die Ideologisierung des Alltags in der DDR, über die Erziehung zur Unwahrhaftigkeit? Über Unterdrückung von eigenen Meinungen, von erzwungener Anpassung? Warum verklären nicht wenige Eltern und Großeltern ihr Leben in der DDR? Warum beschönigen Menschen ihr Agieren, auch ihr Versagen, ihre Resignation, ihre Mutlosigkeit?

Schaffen wir als demokratisch legitimes Gremium die Voraussetzungen für die nötigen gesellschaftlichen Prozesse? Der Mut, die Zivilcourage der Tausenden, die im Herbst 1989 mit ihrem Freiheitswillen ein ganzes System zum Einsturz brachten, sind zu wertvoll als sie in den Nebelschwaden der Milchstraße verschwinden zu lassen oder in Selbstgefälligkeit zu verharren. Wer die Vergangenheit leugnet oder überspringen will, läuft Gefahr, sie zu wiederholen. Um unserer Zukunft willen dürfen wir das nicht zulassen.

Zukunft braucht Erinnerung, die Zugang zu den Wurzeln eröffnet – auch wenn sie schmerzlich ist. Trotz aller Lobeshymnen auf die Entwicklung im Freistaat Sachsen: Umfragen offenbaren es und Fakten belegen es: die Einheit ist auch 20 Jahre „danach“ nicht vollendet. Ich nenne nur einige Stichworte: Arbeitslosigkeit, Wegzug, demographische Entwicklung. Das gesellschaftliche Interesse der Menschen, die auch gerade in Sachsen vor 20 Jahren die Freiheit erstritten haben, nimmt rapide ab: Um dies plastisch zu machen, genügt das nicht unwichtige Stichwort Wahlbeteiligung! Ist das Resignation, ein „da oben machen doch wieder nur was sie wollen“? Meine Stimme zählt nicht? Wie steht es in Sachsen im Jahre 20 „danach“ um Beteiligungsrechte, um Bürgerrechte versus so genannte Sicherheitspolitik, wie um den scheinbaren

Gegensatz von Ökonomie und Ökologie? Es würde dem neu gewählten Landtag gut zu Gesicht stehen, Demokratie und Partizipation wirklich ernst zu nehmen. Das hat Solidarnoc in Polen erstritten, das war der wesentliche Inhalt der Charta 77, das wollten die Menschen in Plauen, Leipzig und an zahlreichen Orten der DDR im Herbst 1989.

Gestatten Sie mir noch einen Blick nach Europa: Wie die deutsche Einheit bisher nicht wirklich hergestellt ist, so ist auch die europäische Einigung nicht abgeschlossen. Mitten in Europa liegt ein Gebiet, das von Mitgliedsstaaten der EU eingeschlossen ist: die Länder des ehemaligen Jugoslawien. Als sich die Menschen in der DDR die Freiheit erkämpften, fanden in diesem Teil Europas blutige Kriege statt, ohne dass Westeuropa ein gemeinsames Konzept hatte, etwas dagegen zu tun. Wir haben uns somit an den Menschen dort schuldig gemacht. Ich appelliere an Sie als Meinungsbildner in Ihren Parteien: lassen Sie die Menschen in Kroatien, Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien nicht wieder im Stich, sondern stimmen Sie für den baldmöglichsten Beitritt zur EU. Nur in diesem Staatenverbund ist eine demokratische, friedliche, rechtsstaatliche Entwicklung mitten in Europa dauerhaft möglich ist.

An den Innenminister Ulbig gerichtet meine Bitte: Lassen Sie humanitäre Grundsätze gelten, wenn es um die Zwangsrückführung von geduldeten Migrantinnen aus den genannten Ländern geht. Versagen Sie den betroffenen Menschen nicht das EU-Recht auf Freizügigkeit – ein Recht, das bereits in den 1980er Jahren im Rahmen des KSZE-Prozesses erstritten wurde und das viele ehemalige DDR-Bürger/innen zu Recht in Anspruch genommen haben.

Ein letztes Fazit für meine Fraktion aus der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall von 1989: „Nichts muss so bleiben wie es ist“. Verstehen Sie das nicht als Drohung sondern als Angebot für die Diskussion über eine neue politische Kultur in Sachsen – sie ist dringend nötig!

**Gisela Kallenbach, Mitglied des Sächsischen Landtags**  
[gisela.kallenbach@slt.sachsen.de](mailto:gisela.kallenbach@slt.sachsen.de)



**Gisela Kallenbach**  
ist Mitglied im Kreis-  
verband Leipzig

## AUSSTELLUNG

Die Ausstellung des Landesverbandes zu 20 Jahren grüner Politik in Sachsen kann in der Landesgeschäftsstelle ausgeliehen werden. Sie besteht aus 20 Bilderrahmen im Format A0.

# Die friedliche Revolution 1989/1990 bei den Sorben



**Timo Meškank ist u.a. schriftstellerisch tätig und Mitglied des Exil-P.E.N.**

In den 40 Jahren DDR-Diktatur regte sich immer wieder Widerstand gegen die Anpassung der Domowina als organisatorische Vertretung der Sorben an die herrschende kommunistische Ideologie in der DDR, Widerstand der durch Repressionen verschiedenster Art niedergehalten wurde. Probathe Mittel waren Inhaftierungen, Prozesse, aber auch öffentliche Diffamierung und Berufsverbote.

Viele Sorben verweigerten angesichts ihres kirchlichen Hintergrunds ihre Mitarbeit. Andererseits gab es auch kompromissbereite Zusammenarbeit und anerkennenswerte Versuche, sich unter den vorhandenen Bedingungen für die Identität und das Fortbestehen des sorbischen Volkes einzusetzen.

Seit Mitte der 80er Jahre verstärkte sich die Kritik an der offiziellen Sorbenpolitik, so dass die Domowina eine vorsichtige Annäherung an vorhandene nationale Strömungen vollzog, ohne jedoch ihre Abhängigkeit von der SED aufzugeben.

Im Herbst 1989 fand die Opposition in der Gründung der Sorbischen Volksversammlung ihre Plattform. Ziel war die Erneuerung der Domowina sowie der Ausbau der

Rechtsstellung der Sorben im wiedervereinigten Deutschland. Im Januar 1990 wurde ein Programmentwurf „Die Zukunft der Sorben in der Gesellschaft“ veröffentlicht. Die Volksversammlung forderte eine radikal demokratische Neustrukturierung der Organisation. Deren Führung jedoch, die weiter über jegliche institutionelle Mittel verfügte, setzte auf personelle und ideelle Kontinuität. Der außerordentliche Domowina-Kongress am 17. März 1990 brachte in dem Erneuerungsprozess nicht den erhofften Durchbruch, so dass die Volksversammlung ihre Arbeit bis in das Jahr 1991 fortsetzte. In den Bundesvorstand der Vereinigung wurden zehn Vertreter der Sorbischen Volksversammlung gewählt, die sich darum bemühten, ihr den demokratischen Charakter als Dachverband sorbischer Vereine zurückzugewinnen.

Dies und die Teilnahme der Vertreter der Sorben an den Sitzungen des Zentralen Runden Tisches in Berlin waren die Voraussetzungen, um für das sorbische Volk die Unterstützung ihrer nationalen Belange auf Landes- und Bundesebene zu legitimieren.

**Timo Meškank, Privatdozent an der Universität Leipzig, Institut für Sorabistik**

## Sorben und Demokratie – Ein Thema der Zukunft



**Cordula Ratajczak ist Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung für das sorbische Volk**

Spricht man im Sorbischen heute jemanden auf das Thema Sorben und Demokratie an, bekommt man im positivsten Falle noch die Antwort „Schwierig.“ Liest man im Sorbischen etwas dazu, trifft man bestenfalls noch auf die Wut, dass heute wie damals in der „schönen alten Zeit“, der Tod der Demokratie in öffentlichem Schweigen, in fehlenden Auseinandersetzungen und Kungeleien im stillen Kämmerlein besteht.

Liest man die Analyse sorbischer Institutionen von Matthias Theodor Vogt, werden Gründe sichtbar. Und diese sind struktureller Art: Die minderheitenpolitische Vertretung Domowina ist ein Vereinsverband mit typischer Anfälligkeit für „oligarchische Vermachtung“, mit einer „Unverbindlichkeit“ als „Ansprechpartner für Politik“ und de facto nicht durch das sorbische Volk in einem demokratischen Prozess legitimiert. Die Doppelstruktur mit der Stiftung für das sorbische Volk – limitierte Selbstverwaltung. Die Stiftung für das sorbische Volk als Mittelverwalterin – „verlängerter Arm des deutschen Staates unter Minderheitsbeteiligung sorbischer Kräfte“. Abgerundet wird dieses Mosaik der Verantwortungsdiffusion durch

zwei parlamentarische Beiräte in Brandenburg und Sachsen. Das sorbische Demokratiedefizit erweist sich auch als ein Wendepunkt, bei dem das deutsche Misstrauen in „eine autonome freiheitlich-demokratische Selbstfindung der sorbischen Eliten“ eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

Heute, 20 Jahre später, ist auf der Grundlage eines neuen und stabilen Finanzierungsabkommens und des damit angeschobenen Reformprozesses die Zeit reif für einen zweiten Anlauf in Sachen sorbischer Demokratie. Auch der anstehende Generationenwechsel in Führungspositionen spricht dafür.

Die Herausforderung liegt im Sowohl-Als-Auch: Demokratisch legitimierte Autonomie und Inklusion in politische Gesamtstrukturen sind genauso wichtig wie die Überführung alter in Institutionen neuen Zuschnitts.

Nötig aber ist wie 1989 vor allem eins: Hoffnung statt Angst.

**Cordula Ratajczak, KV Bautzen**

„Was bedeutet für dich die Wende von ´89 und wie fällt deine Bilanz nach 20 Jahren deutscher Einheit aus?“ Diese Fragen stellen sich die drei Grünen Annekathrin Giegengack, Ulrike Kahl und Martin Schmidt. Aus unterschiedlichen sozialen und regionalen Zusammenhängen kommend, waren sie vor zwanzig Jahren 5, 18 und 30 Jahre alt. Heute ist Annekathrin Giegengack Landtagsabgeordnete und zu dritt arbeiten sie gemeinsam für mehr GRÜN in Chemnitz und im Erzgebirge.

## Was hat die Wende gebracht?



### Annekathrin Giegengack

Die Bedeutung der Wende für den Einzelnen richtet sich nicht zuletzt danach, ob und in welcher Art er Nachteile in der DDR erlebt hat, wobei fehlende demokratische Rechte und Freiheiten, eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten, Bevormundung und Reglementierung sehr unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt wurden.

Aufgrund meiner Erfahrungen in der DDR bedeutet für mich die Wende von ´89 Aufbruch und Chance. Ich fühle mich bis heute verpflichtet – mitunter innerlich getrieben – alle Möglichkeiten des Lernens und Engagierens zu nutzen, auch stellvertretend für meine Eltern und Großeltern, die diese Möglichkeiten und Freiheiten nicht hatten. So war für mich auch am Abend der Landtagswahl das bewegendste Telefonat das mit meinem Vater.

Leider scheint im Osten die Enttäuschung nach 20 Jahren Einheit zu überwiegen. Ich habe sogar den Eindruck, dass angesichts der Ansprüche, die unsere moderne Gesellschaft heute an den Einzelnen stellt, die DDR in der Erinnerung immer mehr zum heimeligen Kuschelland verkommt. Keine Frage, auch heute liegt einiges im Argen und viele Hoffnungen und Wünsche von ´89 sind nicht in Erfüllung gegangen. Das Entscheidende ist jedoch, dass wir uns engagieren können, uns politisch einmischen können ohne dabei Gefahr zu laufen, dafür verhaftet zu werden.



### Ulrike Kahl

Aufgewachsen in einem evangelischen Elternhaus, machte ich schon in der Schulzeit Erfahrungen mit Diskriminierung, so dass ich die DDR früh als Unrechtsregime erkennen musste. Gängelung und Ohnmacht spitzten sich zu, als mir auch Reisen nach Polen untersagt wurden.

Als Mutter mit vier Kindern war es für mich logische Konsequenz und Bedürfnis, im Herbst ´89 für eine freie, pluralistische Gesellschaft dem Neuen Forum beizutreten und an den Montagsdemos in Schwarzenberg mitzuwirken. Noch heute künden die akribischen Tagebuchaufzeichnungen meines Sohnes von den turbulenten Er-

### Martin Schmidt



In meinem Alter habe ich keine wirklichen Erinnerungen an die Zeit von ´89 und muss somit auf Bücher, Aufsätze und Erzählungen zurückgreifen. Aus meinen bisherigen Erkenntnissen lehne ich den Begriff der „friedlichen Revolution“ ab. Nicht weil die DDR verklärt werden soll, sondern weil die Ziele von ´89 nur ansatzweise erreicht wurden. Selbstverständlich sind die Meinungs-, Versammlungs- und Wahlfreiheit jetzt vorhanden. Nur reicht das, um von einer Revolution zu sprechen? Nicht umsonst lehnten die Grünen 1990 den Einigungsvertrag ab.

Im Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR wurden Angriffskriege ausgeschlossen – eine Idee die noch immer aktuell ist. Mir leuchtet es nicht ein, warum verschiedene BürgerrechtlerInnen den Einsatz der Sowjetunion in Afghanistan vehement kritisierten, heute aber schweigen. Frieden schaffen ohne Waffen – diese Losung sollte innerhalb der Bündnisgrünen wieder zum Konsens werden.

Bei allem Jubel über die Ereignisse vor 20 Jahren sollten wir den Kopf einschalten und Dinge hinterfragen. Wir sollten Ideen präsentieren, welche umgesetzt werden können. Eine neue Verfassung – mit stärkeren sozialen, ökologischen, friedlichen und direktdemokratischen Elementen – nach Artikel 146 des Grundgesetzes wäre ein Schritt in diese Richtung.

**Martin Schmidt arbeitet im Regionalbüro Chemnitz**

eignissen, die für mich all zu schnell zur deutschen Einheit führten. Ich wollte neue Schulen mit unbelasteten Lehrern und engagierte mich für die Gründung einer reformpädagogischen Schule. Der Erfolg, ein solches Projekt umgesetzt zu haben, war für mich damals der Gradmesser für eine gelungene Wende. Nach Jahren der Orientierung in der freiheitlichen Demokratie begriff ich, dass diese die Einmischung der Bürger geradezu erfordert. Ich trat daher den Grünen bei, die begriffen haben, dass die Wachstumswirtschaft ihre Grenzen erreicht hat und es sträflich ist, die Endlichkeit der Ressourcen und den Klimawandel zu ignorieren.

Ich habe gelernt, dass auch das freiheitliche System seine Wunden hat, aber ich darf offen meine Finger in diese legen und kann mit anderen versuchen, sie zu heilen.

**Ulrike Kahl arbeitet im Regionalbüro Schwarzenberg**

# Die Landtagsfraktion



**Antje Hermenau**  
Fraktionsvorsitzende

Die Finanzpolitikerin ist Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss und Beauftragte für Demografie.

„Stabile Finanzen, eine moderne Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Kampf gegen den Klimawandel, demografische Entwicklung sowie Bildungsgerechtigkeit sind die wesentlichen Zukunftsfragen für Sachsen.

An der Bewältigung dieser Aufgaben wird sich schwarz-gelb in Land UND Bund messen lassen müssen.“

Antje Hermenau legt Wert auf konstruktive Oppositionsarbeit und eine ernsthafte politische Auseinandersetzung. Sie setzt sich erfolgreich für die Wahrung der Budgetrechte des Parlaments sowie der Transparenz von Entscheidungen der sächsischen Staatsregierung ein.

**Dr. Karl-Heinz Gerstenberg**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
und Parlamentarischer  
Geschäftsführer

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg ist Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien sowie im Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschuss.

„In der Hochschulpolitik gilt meine erste Auseinandersetzung den unsozialen Plänen der Koalition, nicht die Studienbedingungen zu verbessern, sondern Langzeitstudierende noch zusätzlich mit Gebühren zu bestrafen.“ Weiterhin verfolgt Dr. Gerstenberg das Projekt, Bibliotheken landesweit als Zentren der Bildung und Kultur auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Die aktuell gefährdeten Freien Radios müssen aus seiner Sicht auf Dauer aus der Abhängigkeit von den Privaten befreit werden.

„Die politische Kultur von Schwarz-Gelb wird nicht zuletzt an der Bereitschaft gemessen, sich für Ideen einer konstruktiven Opposition zu öffnen.“



**Annekathrin Giegengack**

Landtagsabgeordnete Annekathrin Giegengack ist Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport und in der Fraktion für Bildungs- und Gesundheitspolitik zuständig.

„Die Gemeinschaftsschulen stehen vor dem Aus, Planlosigkeit der Koalition, wie der beschämend hohe

**Michael J. Weichert**  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Landtagsabgeordneter Michael Weichert ist Mitglied im Ausschuss Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und in der Fraktion für Verbraucherschutz, Agrogentechnik, Öko-Landwirtschaft und Tourismus zuständig.

„Die neue Koalition hält weiter an einer Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, sowie der Koexistenz von Gentechnik mit konventionellem oder ökologischem Landbau fest. Regionale Vermarktungs- und Verkaufsstrukturen stehen nicht im Fokus. Diese wären jedoch wichtig, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, Wertschöpfung in der Region zu behalten. Ich werde mich daher für eine bessere Förderung des Handwerks und des Öko-Landbaus, nachhaltige Tourismusedwicklung sowie für ein gentechnikfreies Sachsen einsetzen.“



**Elke Herrmann**

Landtagsabgeordnete Elke Herrmann ist für Bd.90/Die Grünen Mitglied im Ausschuss Soziales und Verbraucherschutz sowie sozialpolitische Sprecherin. Besonders intensiv beschäftigt sich Elke Herrmann mit den Themen Migration, Gleichstellungspolitik, Kinderrechte und Jugendpolitik.

„Es wird in Zukunft mehr Pflegebedürftige in Sachsen geben und über die enorme Bedeutung frühkindlicher Erziehung und Förderung muss nicht mehr diskutiert werden. Diese Tatsachen scheint die neue Koalition nicht wahrhaben zu wollen.

Sie tut nichts gegen die nach wie vor schlechten Rahmenbedingungen für Fachkräfte in diesen Bereichen. Ich werde mich deshalb für angemessene Betreuungsschlüssel und eine qualitativ hochwertige Ausbildung des Fachpersonals im Gesundheits- und Sozialwesen einsetzen.

Die UN-Kinderrechtskonvention wird, dort wo es um die Wahrung der Interessen von Kindern geht, ein Leitfaden meines Handelns sein. Darüber hinaus werde ich mich für ein tolerantes und weltoffenes Sachsen einsetzen.“



### Johannes Lichdi

Johannes Lichdi ist für die Landtagsfraktion rechtspolitischer Sprecher, klima- und energiepolitischer Sprecher sowie naturschutzpolitischer Sprecher.

„Die ‚Bürgerrechtspartei‘ FDP verkauft in der Koalition gerade das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Wir sind die Wächter der Bürgerfreiheiten vor staatlichen Eingriffen. Klimapolitisch geht es um den Braunkohleausstieg und 100% Erneuerbare Energien. Die Landnutzung in der Agrarlandschaft, in Wald, Auen und in der Stadt muss so umgestaltet werden, dass die Natur uns sauberen Boden, Wasser und Luft sowie eine reiche Pflanzen- und Tierwelt in den Zeiten des Klimawandels zur Verfügung stellt.“



### Eva Jähnigen

Eva Jähnigen zeichnet in der neuen GRÜNEN Landtagsfraktion für die Themen Verkehr, Inneres und Kommunales verantwortlich und vertritt die Fraktion im Innenausschuss. Sie will mit ihren Erfahrungen aus der kommunalen Verkehrspolitik für Klimaschutz, bessere Angebote im Umweltverbund, mehr Verkehrssicherheit und das Mobilitätsticket streiten.

„Besonders wichtig ist mir eine gute Verzahnung der Arbeit von Landtagsfraktion und grüner Kommunalpolitik in allen Themen der Landes- und Kommunalpolitik.“



### Miro Jennerjahn

Miro Jennerjahn ist mit 30 Jahren das „Küken“ der Fraktion. Vertreten ist er im Petitionsausschuss und er ist demokratie-, arbeitsmarkt- und sportpolitischer Sprecher der Fraktion.

„Erste parlamentarische Baustelle ist das Landesprogramm ‚Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz‘. Zwar haben CDU und FDP die Fortführung des Landesprogramms im Koalitionsvertrag festgelegt, jedoch ohne inhaltlich-qualitative Untersetzung. Diese Qualitätsdebatte muss im Frühjahr 2010 im Zuge der Haushaltverhandlungen geführt werden. Die gehäuften Übergriffe der extremen Rechten in den letzten Wochen – erinnert sei beispielsweise an den Angriff von rund 50 Neonazis auf ein Fußballspiel in Brandis – zeigen die unverminderte Aktualität des Themas.“

„Erste parlamentarische Baustelle ist das Landesprogramm ‚Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz‘. Zwar haben CDU und FDP die Fortführung des Landesprogramms im Koalitionsvertrag festgelegt, jedoch ohne inhaltlich-qualitative Untersetzung. Diese Qualitätsdebatte muss im Frühjahr 2010 im Zuge der Haushaltverhandlungen geführt werden. Die gehäuften Übergriffe der extremen Rechten in den letzten Wochen – erinnert sei beispielsweise an den Angriff von rund 50 Neonazis auf ein Fußballspiel in Brandis – zeigen die unverminderte Aktualität des Themas.“



### Gisela Kallenbach

Gisela Kallenbach hat sich immer als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung gesehen – ob als Stadträtin oder Referentin im Umweltdezernat in Leipzig. Ihre Erfahrungen hat sie später als Internationale Bürgermeisterin für die UNO im Kosovo weiter geben können. Von 2004–2009 hat sie als Mitglied im Europäischen Parlament u.a. dafür gekämpft, dass Vereine

und Bürger stärker mitbestimmen können, wie Fördermittel der Europäischen Strukturfonds verwendet werden – für wirklich nachhaltige Projekte, bei denen soziale Belange genauso bewertet werden wie ökonomische oder ökologische.

„Stadtwerke, Wasserwerke, Wohnungsbaugesellschaften und Krankenhäuser müssen in öffentlicher Hand bleiben, damit die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger gesichert ist.“

## Im Bundestag

### Monika Lazar

Monika Lazar ist Frauenpolitische Sprecherin und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der grünen Fraktion sowie Mitglied im Familien- und Rechtsausschuss des Bundestags.

„Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung gehört auch künftig zu meinen politischen Schwerpunkten. Ich fordere eine verlässliche Förderung für zivilgesellschaftliche Initiativen und ermutige Menschen, sich in die Demokratie aktiv einzubringen. Besonders vertrete ich auch die sozialen Anliegen der Menschen. Faire Löhne, gute Jobs und bessere Bedingungen für Hartz-IV-Empfänger sind dringend nötig.

Ebenso wichtig ist Geschlechtergerechtigkeit, zu der gleiche Entlohnung und Aufstiegschancen in Wirtschaft und Politik gehören.



### Stephan Kühn

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Kühn ist Mitglied im Haushaltsausschuss und Stellvertreter im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie im Innenausschuss. Wie bereits sein Vorgänger Peter Hettlich ist er Sprecher für den Aufbau Ost und baupolitischer Sprecher. Als Haushälter und Zuständiger für Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern wird er sich für Investitionen in den öffentlichen Verkehr einsetzen.

„Ich sehe wirksame Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands in der Förderung von Innovation, Forschung, Erneuerbaren Energien und Bildung. Ich werde mich für ökologisches Bauen und eine stärkere politische Beteiligung insbesondere von jungen Menschen einsetzen.“



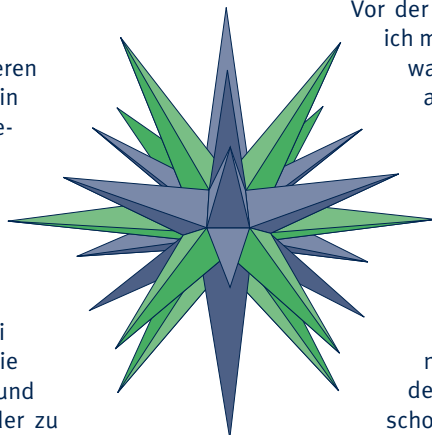
# Was wie schenken?

Weihnachten steht vor der Tür, in manchen Familien der Weihnachtsmann. Der liest die Wunschzettel sehr genau. Ein Geschenk ist nämlich nur dann ein freudiges Ereignis, wenn der Beschenkte spürt, dass darin gute Gedanken stecken, dass es seinem Wunsch entspricht, möglicherweise einem, an den er im Geheimen dachte. Das ist dann zusätzlich eine Überraschung. Gedankenlosigkeit dagegen kann auch dem teuren Gegenstand einen bitteren Beigeschmack geben. Mitunter werden sogar Entwicklungshilfe-Projekte so „verschenkt“, wenn sie nicht gemeinsam mit den Partnern „entwickelt“ wurden.

Ich kann mich über Sachen nicht freuen, bei deren Produktion Menschen fast verhungern, die in Sklaven- und erzwungener Kinderarbeit hergestellt wurden; an Textilien und Sportartikeln aus Ländern, wo sie in so genannten „Freien Wirtschaftszonen“ unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen produziert wurden, für Minilöhne, frei von Menschenrechten und Arbeitsschutz; an Blumen, die per Flugzeug um die halbe Welt transportiert wurden, bei deren Zucht das Grundwasser verseucht, die „GärtnerInnen“ durch chemische Gifte krank und unser Klima geschädigt wurde; an Kaffee der zu Hungerlöhnen produziert und zu Tiefstpreisen unfair gehandelt wurde. Gehören diese Merkmale einer Ware nicht auch zur Qualität? Wie kann ich bei einem Freudenfest so schlechte Qualität verschenken und dann „Heilige Nacht“ singen?

Hohe Qualität kostet meistens mehr. Diese Qualität können sich in unserer Gesellschaft nur zwei Drittel leisten. Arbeitslosengeld- und Hartz-Vier-Empfänger müssen täglich das Billigste kaufen. Dabei sind die teureren Schuhe oft nicht nur die bequemeren sondern auch die langlebigeren und damit billigeren! Und bei den Billig-Handelsketten ist oft nicht in der Verpackung drin, was außen lockt. Beim Kaffee z.B. dürfen bis zu 30 % Zichorie beigemischt werden, ohne sie auf der Tüte zu kennzeichnen. Der fair gehandelte Kaffee schmeckt auch deshalb oft bitterer, weil er, wie gewohnt und damit zu stark gekocht wird.

Nicht bei allen Produkten kann ich die Alternative wählen, bei einigen schon, z.B. in Bio-Läden, Reformläden und Eine-Welt-Läden. Die meisten Handelsketten haben auf Grund der Nachfrage inzwischen „Bio“ in den Regalen, einige auch Fairhandelsprodukte. Einige schmücken sich mit solchen Waren und benutzen sie, um mit ihnen zu werben oder ihren Ruf zu schönen, verhalten sich im Kerngeschäft aber weder umweltfreundlich noch fair. Mancher Anfang ist jedoch wert, genutzt zu werden.



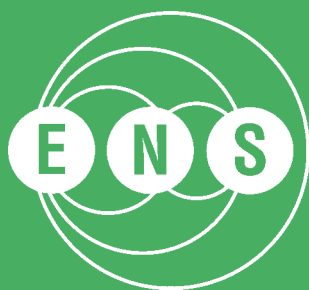
Vor der Wahl des Händlers und des Produktes sollte ich mich natürlich fragen, ob ich unbedingt brauche, was mir zu Weihnachten angeboten wird. Die Äpfel aus regionalem Anbau schmecken um diese Zeit sowieso besser als die Erdbeeren von weit her. Bei Textilien haben wir im Fairen Handel noch zu wenige Angebote, ökologische schon. Auch bei Kunstgewerbe kann ich gut entscheiden, ob ich den besserverdienenden Händler oder den um seine Existenz ringenden Künstler im Entwicklungsland finanzieren will. Nach Blumen mit dem Flower-Label fragt man in Dresdner Blumenläden fast überall vergeblich, obwohl der Großhandel sie anbietet. Bei REWE soll es schon welche mit Transfer-Siegel gegeben haben!

Weihnachten steht schon wieder vor der Tür, von Jahr zu Jahr habe ich den Eindruck, dass eigentlich erst gestern Weihnachten war. Mit der allgemeinen Hektik wird sich auch schnell die Hektik des Geschenke-Kaufens einstellen.

Freude schenken – das bedeutet auch, Geschenke gut auszuwählen. Nicht nur passend für die zu Beschenkenden – sondern auch die Herkunft betrachtend. Einhergehend mit einer Wertschätzung von Arbeit.

Halten Sie beim Einkauf in diesem Jahr inne. Denken Sie darüber nach, wo die Prioritäten liegen. Und erinnern Sie sich daran, dass jede Kaufentscheidung tatsächlich auch Leben erhalten kann.

**Claudia Greifenhahn und Heinz Kitsche**



## Eine Welt Sachsen

... ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen.

Der 1995 gegründete Verein „Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.“ ist eine Plattform entwicklungspolitischer und interkultureller Initiativen in Sachsen, deren Mitglieder sich für partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die thematische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, fairen Handel, die Verknüpfung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit, interkulturelle und interreligiöse Bildung sowie für Menschenrechte und gegen Rassismus einsetzen.

Dies geschieht durch Lobbyarbeit, die Förderung der Zusammenarbeit im Land und mit regionalen, überregionalen und internati-

onalen Organisationen, durch Information, Fortbildung und Pressearbeit.

Zu den Grundsätzen des fairen Handels gehört es, dass die Produzenten, meist Kleinbauern, für ihre Leistungen einen gerechten Lohn erhalten. Dies geschieht durch den direkten Einkauf hiesiger Importeure unter Ausschaltung von Zwischenhändlern und Spekulanten.

Langfristige Abnahmeverträge und gerechte Entlohnung gehen einher mit Arbeits- und Umweltschutz, der Sicherung von Arbeitnehmerrechten wie Versammlungsfreiheit und sozialen Errungenschaften wie Alterssicherung und Schulausbildung für die Kinder der Arbeiter.

[www.einewelt-sachsen.de](http://www.einewelt-sachsen.de)

## Sächsische Schweiz

### OB-Wahl in Pirna

Für den Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist das Superwahljahr noch nicht zu Ende. Nachdem der frühere Pirnaer Oberbürgermeister Markus Ulbig Innenminister geworden ist, findet am 20. Dezember noch der 1. Wahlgang zur OB-Wahl statt.

Angesichts einer heillos zerstrittenen CDU, deren Wahlvorschlag unter merkwürdigen Umständen zustande gekommen ist, hätte eine Chance bestanden, mit einem gemeinsamen Kandidaten aller demokratischen Parteien die CDU-Herrschaft im Pirnaer Rathaus zu brechen. Leider ist es zu einem solchen Bündnis nicht gekommen. Der Pirnaer Stadtverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Pirnaer Bürgerinitiative (PB) schicken nun den parteilosen ehemaligen Vize-Landrat Helmut Verdang ins Rennen. Eine transparente Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung stehen für den Kandidaten ganz oben auf der politischen Agenda.

### Windenergie im Regionalplan

Das Innenministerium hält die Ziele des Regionalplanes Oberes Elbtal-Osterzgebirge zur Windenergienutzung für zu restriktiv und hat deshalb diesem Teil der Planung seine Zustimmung versagt. Andreas Warschau, GRÜNEN-Kreisvorsitzender aus dem Kreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge, erfährt durch diese Entscheidung späte Genugtuung: „Ich hatte bereits im Oktober 2007 als einziger eine Reihe von Anträgen zum Regionalplan in den Kreistag des damaligen Weißeritzkreises eingebracht, u. a. auch zur Windenergie. Leider war mir von fast allen anderen Kreisräten nur Ignoranz entgegengeschlagen“, erinnert er sich. „Der Planungsverband sollte nunmehr schnellstens seine Hausaufgaben machen und auch

im Bereich der erneuerbaren Energien regionale Ziele festschreiben, die den aktuellen Herausforderungen des Klimawandels und der Endlichkeit der fossilen und atomaren Energie-Ressourcen gerecht werden.“ Vorläufig gelten nun in Bezug auf die Windenergie noch die Zielstellungen aus dem Jahre 2003 weiter.

[www.gruene-elbe-weisseritz.de](http://www.gruene-elbe-weisseritz.de)

## Bautzen

### Neue Basisgruppe der Grünen Jugend in der Oberlausitz

Am 21. August 2009, in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes, wurde die „Grüne Jugend Bautzen-Budyšin“ gegründet. Zwei Tage zuvor haben die Gründungsmitglieder zusammen mit den TeilnehmerInnen der „Hochtour“ der Grünen Jugend, Altgrün sowie zahlreichen engagierten BürgerInnen erfolgreich den Marktplatz in Bautzen gegen Holgers braune Truppe und deren menschenverachtende Propaganda verteidigt. Diese konnte sich nicht gegen Samba-Rhythmen und Trillerpfeifen durchsetzen und gab nach anderthalb Stunden entnervt auf. Die junge Basisgruppe möchte sich in Alltag und Politik für eine ökologischere und sozial gerechtere Lausitz engagieren und mit verschiedenen Aktionen in der Öffentlichkeit auf aktuelle Themen aufmerksam machen. Die wichtigsten sind der Stopp der Tagebaue, die Abschaffung des pädagogisch sinnlosen „Sitzenbleibens“, mehr Toleranz im Alltag, Kampf gegen rechte Gewalt, stabile Förderungen für Jugendkultur und bessere Studienbedingungen. Die Gründungsmitglieder haben sich entschieden, die Bikulturalität der Region auch in ihrem Namen kenntlich zu machen. Deshalb

ist neben dem deutschen Bautzen auch der sorbische Name „Budyšin“ zu lesen. Mit der Grünen Jugend Bautzen-Budyšin verfügt der Landesverband Sachsen jetzt über neun Basisgruppen. Die Grüne Jugend versteht sich als Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, existiert jedoch unabhängig von der Partei als bundesweiter Verband junger Leute.

[www.gruene-bautzen.de](http://www.gruene-bautzen.de)

## Zwickau

### Wahlkampfnachlese

Am 25. August durchbrach eine historische Straßenbahn in Zwickau eine Mauer aus Pappschachteln. In diesen ausgesonderten Archivschachteln der Staatssicherheit hatten einmal Akten über Bürgerrechtler gelagert. Nun wurden die alten Schachteln zu einem Event mit Kandidatinnen der Landtags- und Bundestagswahl verwendet. Im Bild v.l.n.r.: Antje Hermenau, Thorsten Poth (LAG Verkehr), Lars Dörner (GJ Zwickau), Monika Lazar, Elke Herrmann.



Wie die Wahlergebnisse zeigen, hatte der Durchbruch Erfolg. Die Fahrt der historischen Straßenbahn durch Zwickau hat außerdem allen Beteiligten – nicht nur aus dem KV Zwickau – viel Spaß bereitet.

### Mitgliederzuwachs

Nachdem im Zuge der Kommunalwahlen bereits drei neue Mitglieder in unseren KV aufgenommen wurden, konnten wir am 28.10. mit Lars Löwe das vierte Neumitglied des Jahres 2009 begrüßen. Auf der gleichen Vollversammlung beschloss der Kreisverband seine Mitgliedschaft im „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ im Landkreis Zwickau und wählte Erwin Killat als seinen Vertreter in dieses Gremium. Schließlich verabschiedete er mit großer Mehrheit einen Aufsehen erregenden Änderungsantrag zur Reform der Landessatzung. Ziel: Jeder KV muss die Möglichkeit erhalten, im neu zu bildenden Parteirat vertreten zu sein.

[www.gruene-zwickau.de](http://www.gruene-zwickau.de)

## Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft „Netzpolitik“

Nicht nur vor und bei Wahlen: Netzpolitik gewinnt an Bedeutung. Wir Bündnisgrünen, die wir uns als Bürgerrechtspartei verstehen, haben zwar schon länger die politischen Fragen rund um die sogenannten Neuen Medien bearbeitet und thematisiert. Der Netzkompetenz in unserer Partei fehlt es aber noch an einer breiten Basis. Das wollen wir ändern. Es ist an der Zeit, uns innerparteilich gezielt mit Netzpolitik zu befassen, diese klar zu definieren, die zugehörigen Themenbereiche abzustecken und tragfähige politische Konzepte zu entwickeln.

Wir wollen eine Landesarbeitsgemeinschaft „Grüne Netzpolitik“ gründen, um die politischen Aspekte des Internets in Grüne Politik einzubinden. Als relevante Aspekte und damit Themen unserer Arbeit sehen wir: Urheberrecht im digitalen Zeitalter, Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, Medienkompetenz/Medienpädagogik, e-Government/e-Democracy/i-Politics, Datenschutz, Netzkriminalität, Breitbandausbau.

Wir freuen uns auf zahlreiche Interessierte!

Jens Reichmann, KV Leipzig  
[lag-netzpolitik@grueneleipzig.de](mailto:lag-netzpolitik@grueneleipzig.de)

# TERMINE

## 19. Dezember, 10:30 Uhr

Leipzig, Universität, Seminargeb. Raum S 203  
„Mandatsträger sein – Kommunalrecht im  
Überblick – Eine Einführung“  
Seminar von DAKS e.V.

## 6. Januar, 19:30 Uhr

Leipzig, Kreisgeschäftsstelle  
AG Soziales KV Leipzig

## 9. Januar (oder 23. Januar)

Dresden  
LAG Ökologie

## 9. Januar, 10:30 Uhr

Dresden, Landesgeschäftsstelle  
LAG Soziales

## 12. Januar, 19:30 Uhr

Leipzig  
Mitgliederversammlung KV Leipzig

## 16. Januar, 10:00 Uhr

Dresden, Gewerkschaftshaus  
Landesdelegiertenkonferenz

## 3. Februar, 19:30 Uhr

Leipzig, Kreisgeschäftsstelle  
AG Soziales KV Leipzig

## 9. Februar, 19:30 Uhr

Leipzig, Kreisgeschäftsstelle  
AG Wirtschaft und Finanzen KV Leipzig

## 21. Februar, 11:00 Uhr

„Das Ende der Privatsphäre – Der Weg in  
die Überwachungsgesellschaft“  
Dresden, Societaetstheater  
Veranstaltung von weiterdenken

## 27. Februar

Halle  
LAG Verkehr und Mobilität zusammen mit  
den LV Thüringen und Sachsen-Anhalt

## 3. März, 19:30 Uhr

Leipzig, Kreisgeschäftsstelle  
AG Soziales KV Leipzig

Aktualisierungen und genaue Adressen unter  
[www.gruene-sachsen.de/termine](http://www.gruene-sachsen.de/termine)

## Weitere Termine bei:

Bildungswerk Weiterdenken  
[www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens  
[www.daksev.de](http://www.daksev.de)

Landtagsfraktion  
[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

## Landesdelegiertenkonferenz in Dresden

am 16. Januar im Gewerkschaftshaus Dresden

stehen wichtige Wahlen an: ein neuer Vorstand ist zu wählen und ein neues Organ zu besetzen.

Wer wird die neue Chefin, wer der neue Chef? Es verspricht ein langer Samstag zu werden, wenn die Landessprecher der Partei gewählt werden. Denn der Landesversammlung steht ein Wahlmarathon bevor. Zwar wird der künftige Landesvorstand nur noch aus vier statt neun Personen bestehen. Aber nach dem Vorstand sind 15 Plätze für das neue Organ „Parteirat“ zu wählen.

Schon die Verabschiedung der Wahlordnung wird Stoff für Diskussionen liefern. Schließlich sollen die Abgeordneten aus Bundestag und Landtag ebenso im Parteirat vertreten sein wie alle Regionen und die Grüne Jugend. Und nicht zuletzt muss die Frauenquote beachtet werden.

[www.gruene-sachsen.de/ldk](http://www.gruene-sachsen.de/ldk)

## NEUES JAHR – NEUE T-SHIRTS



Im neuen Jahr bieten wir euch wieder die beliebten „Fröscheversteher“-T-Shirts an.

Aber Achtung: Das Motiv haben wir etwas abgewandelt. Lasst euch überraschen!

Ihr könnt dann wieder wie gewohnt online oder telefonisch bestellen.

## Zum Schluss

Unsere Landesgeschäftsstelle ist ab 21. Dezember über die Feiertage geschlossen und ab Montag, den 4. Januar 2010 wieder wie gewohnt unter Telefon 0351 - 494 01 08 oder per Fax 0351 - 496 19 75 zu erreichen.

Der Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle wünschen Ihnen und Euch geruhsame und erholsame Weihnachten und einen guten Start in ein erfolgreiches Jahr 2010.